

Antrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Tom Koenigs, Viola von Cramon-Taubadel, Agnes Brugger, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Memet Kilic, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einreiseverbot in die EU für die russischen Beteiligten an dem Fall Magnitskij

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sergej Magnitskij starb am 16. November 2009 in Moskau in Untersuchungshaft. Sein Tod war die Folge einer unrechtmäßigen Inhaftnahme und einer menschenunwürdigen Behandlung während seiner Haft.

Hintergrund der Inhaftierung Sergej Magnitskijs waren die Ermittlungen russischer Behörden gegen den internationalen Investmentfonds Hermitage Capital Management (Hermitage Capital), für den Sergej Magnitskij als Anwalt tätig war. Nach anfänglicher Nähe zum Kreml fiel das Unternehmen 2005 in Ungnade. Nach der Einschätzung der heutigen Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die sich als Berichterstatterin des Europarates zwischen 2008 und 2009 mit dem Fall von Hermitage Capital beschäftigte, wurde der Hermitage Capital „das Opfer der Korruption und Kollusion hoher Polizeibeamter und organisierter Krimineller“. Das Unternehmen versuchte sich juristisch zu wehren und reichte mehrere Beschwerden bei der russischen Staatsanwaltschaft ein. Diese blieben jedoch ohne relevante Antwort. Stattdessen begannen die Behörden, die Führung des Unternehmens sowie die Anwältinnen und Anwälte, die das Unternehmen vertraten, zu verfolgen. Im November 2008, ein Jahr vor seinem Tod, wurde Sergej Magnitskij im Rahmen der Ermittlungen gegen die Führung von Hermitage Capital verhaftet. Er wurde beschuldigt, ein illegales System entwickelt zu haben, mit dem die Führung von Hermitage Capital Steuern hinterzogen haben soll.

In der Untersuchungshaft war Sergej Magnitskij unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen ausgesetzt. In den ersten vier Monaten seiner Inhaftierung wurde er kein einziges Mal verhört. Während der insgesamt elf Monate andauernden Untersuchungshaft wurde ihm kein Besuch von Angehörigen gestattet.

Nach fünf Monaten Untersuchungshaft wurde Sergej Magnitskij, der zuvor gesund gewesen war, krank. Im Juli 2009 wurde bei ihm eine Bauchspeicheldrüsenentzündung diagnostiziert.

Mehrmals beklagte sich Sergej Magnitskij in schriftlichen Beschwerden über die unerträglichen Zustände in den Untersuchungshaftanstalten – das Fehlen von Toiletten, von Fenstern und heißem Wasser – und beklagte seinen schlechten Gesundheitszustand. Seine Beschwerden und Bitten um eine erneute Unter-

suchung wurden ignoriert. Er bekam nicht die notwendige medizinische Hilfe, lebenswichtige Medikamente wurden ihm vorenthalten. Am 16. November 2009 starb Sergej Magnitskij im Krankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Butyrka in Moskau.

Im Laufe der Ermittlungen hatte Sergej Magnitskij eine Reihe von Beamtinnen und Beamten der Teilnahme an dem Steuerbetrug im Zusammenhang mit der Übernahme von drei Tochterfirmen von Hermitage Capital beschuldigt, darunter einige Angehörige des Innenministeriums, die gegen ihn ermittelten. Auf Antrag von Sergej Magnitskij wurden Ermittlungen eingeleitet, an denen jedoch dieselben Mitarbeiter des Innenministeriums teilnahmen, die er beschuldigt hatte.

Der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew forderte öffentlich die Aufklärung des Falls Sergej Magnitskij. Er beauftragte eine Expertengruppe im Rahmen des Präsidialen Rates zur Entwicklung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten, ein Gutachten zum Fall zu erstellen. Aus dem Untersuchungsbericht dieser Gruppe vom Juli 2011 geht unter anderem hervor,

- dass es bei mehreren beteiligten Personen einen deutlichen Interessenkonflikt bei den Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Fall Sergej Magnitskij gab;
- dass Sergej Magnitskij vor seinem Tod jede medizinische Hilfe entzogen worden war und ein begründeter Verdacht besteht, dass sein Tod durch Misshandlung in der Untersuchungshaft provoziert wurde;
- dass die Entscheidung über die Untersuchungshaft nicht rechtmäßig gewesen war;
- dass Sergej Magnitskijs Beschwerden über die Haftbedingungen von Staatsanwaltschaft und Gericht ignoriert wurden.

Der Bericht nennt die Namen mehrerer Beamten, deren Handlungen oder Untätigkeit zu diesen Verletzungen geführt hatten.

Die Unterstützerinnen und Unterstützer Sergej Magnitskijs haben eine Liste von 60 russischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern zusammengestellt, denen eine Mitverantwortung am Tod Sergej Magnitskijs angelastet wird. Nach privaten Ermittlungen von Hermitage Capital haben sich Vermögen und Einkommen einiger Amtsträgerinnen und Amtsträger, die mit dem Fall Sergej Magnitskij befasst waren, nach 2008 erheblich vergrößert.

Anfang Juli 2011 räumte die russische Staatsanwaltschaft ein, dass die fehlende medizinische Versorgung Grund für Sergej Magnitskijs Tod gewesen sei. In diesem Zusammenhang wurden zuerst die Ärztin und der ehemalige Leiter der Untersuchungshaftanstalt angeklagt. Später wurde die Anklage gegen die Gefängnisärztin fallengelassen. Bis heute ist niemand wegen des Todes Sergej Magnitskijs verurteilt.

Amtsträger, die Sergej Magnitskij im Zusammenhang mit dem Steuerbetrug zu Lasten von Hermitage Capital selbst beschuldigt hatte und die dann an den Ermittlungen gegen ihn beteiligt waren, wurden nicht strafrechtlich verfolgt und später zum Teil befördert.

Das EU-Parlament forderte am 16. Dezember 2010 in einer Resolution (2010/2202(INI), dort Rn. 120), den Rat auf, für die russischen Beteiligten an dem Fall Sergej Magnitskij ein Einreiseverbot in die EU in Erwägung zu ziehen, wenn die russischen Behörden keinen positiven Willen zur Zusammenarbeit und Untersuchung des Falls an den Tag legen würden. Es wiederholte diese Forderungen in einer Entschließung vom 14. Dezember 2011.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die russischen Justizbehörden eindringlich aufzufordern, umfassende und gründliche Ermittlungen zum Tode von Sergej Magnitskij voranzutreiben, rasch konkrete Schlussfolgerungen vorzulegen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen;
2. sich im Rat, wenn die russischen Behörden keinen positiven Willen zur Zusammenarbeit und Untersuchung des Falls von Sergej Magnitskij an den Tag legen, für ein Einreiseverbot in die EU für die russischen Beteiligten an dem Fall einzusetzen, die für die Inhaftierung, Misshandlungen und den Tod von Sergej Magnitskij verantwortlich sind;
3. sich im Rat für das Einfrieren der Bankguthaben dieser russischen Amtsträger in allen EU-Mitgliedstaaten einzusetzen;
4. sich im Rat für die Umsetzung der Resolution des Europäischen Parlaments 2010/2202(INI), dort Rn. 120, und der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2011 zu dem bevorstehenden Gipfeltreffen EU-Russland am 15. Dezember 2011 und dem Ergebnis der Duma-Wahl vom 4. Dezember 2011 einzusetzen;
5. in der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen wie ein Einreiseverbot und das Einfrieren der Vermögenswerte derjenigen zu prüfen, die für die Inhaftierung, den Missbrauch und den Tod Sergej Magnitskijs verantwortlich sind.

Berlin, den 26. Juni 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Die Hermitage Capital hatte sich auf Kapitalbeteiligungen an russischen Unternehmen spezialisiert und war 1995 bis 2007 der größte ausländische Portfolioinvestor auf dem russischen Aktienmarkt sowie einer der größten Steuerzahler Russlands. Zur Strategie des Unternehmens gehörte die Einführung westlicher Rechnungslegungsmethoden bei Firmen, in die Hermitage Capital investierte. 2005 wurde dem Geschäftsführer und Gründer des Unternehmens William Browder die Einreise nach Russland verweigert. 2007 wurden drei Tochterunternehmen von Hermitage Capital Opfer einer „feindlichen Übernahme“.

2008 wurde der Führung von Hermitage Capital von den Rechtsschutzorganen Steuerhinterziehung in besonders großem Ausmaß vorgeworfen. Die für Hermitage Capital tätigen Anwältinnen und Anwälte wurden als Zeugen einvernommen, ihre Büros polizeilich durchsucht.

Sergej Magnitskij war Leiter der Abteilung für Steuern und Audit bei der internationalen Anwaltskanzlei Firestone Duncan, die für die Hermitage Capital juristische Dienstleistungen erbracht hatte. Seine Inhaftierung, vor allem aber die Bedingungen seiner Haft und sein Tod 2009 lösten eine Diskussion u. a. über die Haftbedingungen in russischen Gefängnissen aus. Mehrere hochrangige Beamte der Strafvollzugsbehörde und des Innenministeriums sowie 16 Leiter von Haftanstalten wurden auf Initiative des damaligen Präsidenten Dmitri Medwedew entlassen.

Neben der Forderung nach einer Verhängung von Einreiseverboten ermutigte das EU-Parlament am 16. Dezember 2010 in einer Resolution die Rechtsdurchsetzungsagenturen der EU, beim Einfrieren der Bankguthaben beteiligter russi-

scher Amtsträger in allen EU-Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten. Ähnliche Forderungen erhob im Juni 2011 das niederländische Parlament.

Senator Ben Cardin (Maryland) brachte im Mai 2011 im Senat der Vereinigten Staaten von Amerika einen Gesetzentwurf unter dem Titel „The Sergej Magnitsky Rule of Law Accountability Act of 2011“ ein. Der Gesetzentwurf, der von mindestens 15 Senatorinnen und Senatoren unterstützt wird, sieht Visa- und wirtschaftliche Sanktionen gegen Personen vor,

- die für die Verhaftung, die Misshandlungen und den Tod von Sergej Magnitskij verantwortlich sind,
- die daran beteiligt waren, die juristische Verantwortung für die Verhaftung, die Misshandlungen und den Tod von Sergej Magnitskij zu vertuschen,
- die den Finanzbetrug begangen hatten, der von Sergej Magnitskij aufgedeckt worden war,
- die extralegale Hinrichtungen, Folter und grobe Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

Am 26. Juli 2011 verhängte das US-State Department vor der Behandlung des Gesetzentwurfs von Ben Cardin im Senat Visasanktionen gegen 60 russische Funktionäre, die es für den Tod Sergej Magnitskijs für mitverantwortlich hält.

Im Mai 2012 wurde ein ähnlicher Gesetzentwurf unter dem Titel „The Sergej Magnitsky Rule of Law Accountability Act of 2012“ in das US-Repräsentantenhaus eingebracht.

Im März 2011 leitete die Staatsanwaltschaft der Schweiz aufgrund einer Anzeige von Hermitage Capital Ermittlungen wegen Geldwäsche ein, da der Verdacht bestand, einige der russischen Beamtinnen und Beamten, die von Sergej Magnitskij des Diebstahls von Steuermitteln beschuldigt wurden, diese auf Schweizer Bankkonten deponiert haben. Im Mai 2011 wurde bekannt, dass die schweizerische Staatsanwaltschaft im Rahmen dieser Ermittlungen die Konten einiger mit dem Fall Sergej Magnitskij im Zusammenhang stehender russischer Beamtinnen und Beamten bzw. ihrer Familienmitglieder bei der Bank Credit Suisse gesperrt hatte. Medienberichten zufolge handelt es sich dabei um die Konten des Ehemannes der Leiterin der Moskauer Steuerinspektion Olga Stepanowa.